

Kommt die Transaktionssteuer in Europa?

Wenig überraschend konnten sich die Staats- und Regierungschef am vergangenen G20-Gipfel in Toronto weder auf neue Kapitalregeln, noch eine globale Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer einigen. Die EU hatte sich zuvor für eine solche Steuer ausgesprochen. Deutschland und die EU sollten nun den Alleingang wagen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF), der im Auftrag der G20-Länder nach Lösungen sucht, wie die in der Finanzkrise geretteten Banken künftig an den Kosten solcher Rettungsaktionen beteiligt werden können, hat sich in einem letzten April veröffentlichten Zwischenbericht gegen eine Finanztransaktionssteuer gewandt. Zwar anerkennt der IWF, dass die Finanztransaktionssteuer einen Teil des kurzfristigen Handels eliminieren würde, doch meldet er Vorbehalte gegen eine solche Steuer an und favorisiert darum eine an der Bilanzsumme orientierte Bankenabgabe und eine auf dem Gewinn erhobene Bankensteuer.

Dennoch hat sich vor allem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel am G20-Gipfel in Toronto für eine weltweite Finanztransaktionssteuer eingesetzt, ist aber am Widerstand insbesondere von Kanada, Brasilien und Australien gescheitert. Zahlreiche NGOs haben sich in den letzten Monaten intensiv für eine solche Steuer eingesetzt, welche die Spekulation eindämmen und zusätzliche Einnahmen generieren würde, die auch den Ländern im Süden zugute kommen sollen. Die meisten Industrieländer wollen sich jedoch primär gegen die Folgen neuer Spekulationen und Krisen absichern (siehe Schwerpunkt in der fpi 1/10).

Während aber die Bankenabgabe von vornherein zweckgebunden für die Abdeckung zukünftiger Kosten maroder Banken gedacht ist, können die Staaten über die Einnahmen aus einer Transaktionssteuer frei verfügen und diese als zusätzliche Entwicklungshilfe weitergeben. Die Aktion Finanzplatz Schweiz unterstützt darum die Bestrebungen zur Einführung einer solchen Steuer und hofft, dass Europa den Mut hat, hier voranzugehen, zumal London mit einem Marktanteil von 31 Prozent führend im spekulationsträchtigen Derivatehandel ist.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat vor einer neuen Finanzkrise gewarnt, wenn die Banken nicht stärker reguliert werden. Der G20-Gipfel in Toronto stimmt hier wenig zuversichtlich. Statt einheitlicher Massnahmen gab es nur schwammige

Absichtserklärungen. Umso mehr ist die Zivilgesellschaft gefordert, die Regierungen in die Pflicht zu nehmen. (aro)